

Das Kapital und seine Interessenvertreter sind skrupellos!

Wenn ihnen ein Gericht nicht passt,
dann muß es weg!

Präsidentin des Bundesarbeitsgerichts

Im Grundgesetz heißt es, dass die Bundesrepublik ein sozialer Bundesstaat sei. Halten Sie es für möglich, dass in den kommenden Jahren eine Umdeutung dessen stattfindet, was „sozial“ bedeutet? Viele Manager, Politiker und die Arbeitgeber-Vereinigung BDA sagen schon heute: Weg mit Arbeitnehmer-Schutzrechten – denn sozial ist, was Jobs schafft.

Solche Aussagen gibt es. Aber die Definitionshoheit der Frage, was den Sozialstaatsgedanken des Grundgesetzes ausmacht, liegt nicht bei der Wirtschaft und nicht bei der BDA, aber auch nicht bei Gewerkschaften. Sondern allein beim Bundesverfassungsgericht.

BerlinerZeitung, 3/05

FDP: Oberstes Arbeitsgericht abschaffen

*Brüderle will Wettbewerb
der Ländergerichte*

BERLIN, 30. März. Die FDP will den Wettbewerbsgedanken auch in der Arbeitsgerichtsbarkeit durchsetzen und fordert dazu die Abschaffung des Bundesarbeitsgerichts (BAG). „Wir müssen über eine schlanke, zweigliedrige Arbeitsgerichtsbarkeit ohne Bundesarbeitsgericht nachdenken“, sagte FDP-Fraktionsvize Rainer Brüderle der Berliner Zeitung. „Landesarbeitsgerichte als zweite und letzte Instanz sind ausreichend.“

Brüderle erhofft sich von einer solchen Reform einen Wettbewerb um das effizienteste Arbeitsrecht. Die Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte könnte dann in einem föderalen Wettbewerb um „best practices“ stehen. „Die grundgesetzlich geforderte Rechtseinheit wäre so weiterhin sichergestellt“, sagte Brüderle. Der FDP-Politiker forderte, diese Frage in der Föderalismus-Diskussion zu diskutieren.

Nach Ansicht des Liberalen ist das „komplizierte und teure Arbeitsrecht“ einer der wesentlichen Gründe für die hohe Zahl der Arbeitslosen. „Viele Rechtsprechungen haben das Kündigungsrecht zu einem Abfindungsrecht und damit zu einem gravierende Einstellungshindernis gemacht“, sagte Brüderle.

BAG-Präsidentin Ingrid Schmidt hatte sich am Montag gegen gesetzliche Öffnungsklauseln in Tarifverträgen ausgesprochen. (*sche.*)

BerlinerZeitung, 31.3.05